



*Die Mitgliederversammlung der AGDF fordert von der Bundesregierung bezogen auf den Afghanistankonflikt eine Neuorientierung ihrer Interventionspolitik<sup>1</sup>. Hierzu gehören:*

- Unterstützung von einer Konfliktbearbeitung in Afghanistan, die alle Beteiligten, auch die Taliban, einbezieht, um damit der komplexen Situation gerecht zu werden.
- ein festes, nahe liegendes Datum für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan (Exitstrategie)
- die bedarfsgerechte Bereitstellung der Mittel für zivile, an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete Entwicklungsprojekte
- ein Einwirken auf die USA und die anderen beteiligten NATO-Länder, damit diese zunächst die neue Strategie Deutschlands respektieren, militärische Eskalation vermeiden und Gespräche mit allen Beteiligten aufnehmen – sowie sich letztlich dieser Linie anschließen.

Sie fordert die Bundestagsabgeordneten auf, einer Verlängerung des Bundeswehrmandats nicht zuzustimmen, solange der Bundesregierung der politische Wille für eine derartige Neuorientierung ihrer Afghanistanpolitik fehlt.

*Die Mitgliederversammlung der AGDF fordert von der Bundesregierung bezogen auf den aktuellen Kaukasuskonflikt, sich in internationalen Institutionen für dessen konstruktive, nicht an Eigeninteressen geleitete Bearbeitung einzusetzen. Hierzu gehören*

- keine einseitige Parteinahme der NATO und der EU für Georgien sowie keine Aufnahme Georgiens in die NATO
- die Vermittlung einer gewaltfreien Lösung beim Bestreben Südossetiens und Abchasiens nach Autonomie und dem Wunsch Georgiens nach territorialer Integrität durch die OSZE und durch die EU verbunden mit dem Ziel, eine ethnische Trennung zu verhindern und Grundlagen für Versöhnungsprozesse zu schaffen
- der Einsatz in NATO und EU für eine glaubwürdige Sicherheitspartnerschaft mit Russland
- die Einflussnahme auf die Politik der USA, damit diese keinen „Raketenabwehrschirm“ installieren, sondern Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle sowie zur Abrüstung akzeptieren und umsetzen
- und nicht zuletzt eine „neutrale“ Unterstützung eines Wiederaufbaus durch zivile Akteure in allen vom Krieg betroffenen Regionen.

Die Mitgliederversammlung bestärkt zivilgesellschaftliche Akteure in den betroffenen, aber auch in anderen Ländern, sich weiterhin für eine gewaltfreie Konflikttransformation einzusetzen. Sie begrüßt Initiativen von Kirchen, insbesondere des Ökumenischen Rates der Kirchen, die dem Dialog zwischen den Konfliktparteien dienen.

Schließlich verweist die Mitgliederversammlung nachdrücklich auf die Veröffentlichung des von der AGDF herausgegebenen Buches „Gewaltfrei streiten für einen gerechten Frieden – Plädoyer für zivile Konflikttransformation“<sup>2</sup> als einen Beitrag zur Akzeptanz und Etablierung des skizzierten Ansatzes.

Berlin, den 27. September 2008

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die Überlegungen in dem Dossier IV „Der Afghanistan-Konflikt“, hrsg. von der Kooperation für den Frieden im Rahmen ihres Monitoring-Projekts „Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention“, Bonn, September 2008

<sup>2</sup> Publik-Forum Verlag, Oberursel, September 2008